



Wolfgang Thierse

Über den spezifischen Mehrwert Katholischer Schulen

Mitschrift eines Vortrags beim 7. Bundeskongress Katholische Schulen in Berlin

Herr Erzbischof, meine Damen und Herren,

Ich bin weder bildungspolitischer Spezialist noch Schulpraktiker. Ich habe keine katholische Schule besucht, meine Kinder auch nicht – denkbar schlechte Voraussetzungen für das heutige Thema.

Ich versuche, aus der Not eine Tugend zu machen und etwas grundsätzlicher zu sprechen, mit dem Blick von außen auf die kirchlichen Schulen, als Politiker und Christ, dem das Verhältnis von Religion und Gesellschaft, Kirche und Staat eine wichtige Frage ist. Also ich rede grundsätzlicher und nicht über die konkrete Praxis, die Sie viel besser kennen als ich. Sie werden bemerken, ich verweigere mich, wahrscheinlich beherrsche ich es auch nicht, dem bildungspolitischen, pädagogischen Vokabular. Ich mache eine zweite kleine Vorbemerkung. Das Wort „Mehrwert“ im Titel meines Referates irritiert mich einigermaßen. Denn eine ökonomische Kategorie im Zusammenhang mit katholischen Schulen könnte ein Verständnis von Bildung anzeigen, das ich für durchaus problematisch halte. Genau darüber werde ich im Folgenden auch sprechen.

Es gibt einen Satz von Alexandre de Tocqueville, den ich gerne und oft zitiere. Er heißt: „Despotismus kommt ohne Religion aus, Freiheit nicht.“ Dieser Satz, so scheint mir, wirkt heutzutage ein wenig befremdlich, vielleicht sogar provokativ, herrscht doch bei vielen Zeitgenossen hierzulande der Eindruck vor, Religion sei eher demokratiefremd und freiheitsfeindlich. Sie sei ein Fremdkörper in einer individualistischen, antiautoritären, modernen, säkularen Gesellschaft. Religion, je entschiedener, geschlossener, radikaler sie in Erscheinung tritt, sei auf gefährliche Weise vormodern, gewissermaßen Antipode einer freien, offenen Gesellschaft. Und der Blick auf jüdische, christliche, islamische Fundamentalismen in der Welt von den USA über Israel bis in die arabisch-islamische Region mag diesen Eindruck bestätigen. Also wenn schon Religion – und sie lebt ja, und sie ist ja von übersehbarer, auch widersprüchlicher Vitalität – wenn schon Religion, dann bestenfalls als Privatsache, das ist mir vertraut als ehemaligem DDR-Bürger.

Wir leben also in einer schwierigen Situation und zugleich – ein eigentümlicher Widerspruch – ist die Nachfrage nach Schulen in kirchlicher Trägerschaft, auch nach katholi-

„Despotismus kommt ohne Religion aus, Freiheit nicht.“

Alexandre de Tocqueville

schen Schulen, besonders groß. Wie passt das zusammen? Wir leben ja überhaupt in einer komplizierten Situation, nämlich in einer pluralistischen Gesellschaft. Das sagt sich ganz leicht. Gemeint aber ist, wenn wir von pluralistischer Gesellschaft sprechen, die konfliktreiche und sehr strapaziöse Pluralität von Überzeugungen, Weltbildern, Wahrheitsansprüchen, Wertorientierungen, Lebensweisen, sozialen Lagen, kulturellen Prägungen. Wie lässt sich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die kulturelle und religiös-weltanschauliche Vielfalt in unserer Gesellschaft ertragen oder besser: leben? Ohne Ängste, ohne Ausgrenzungen, ohne Unterdrückung und gar Gewalt? Wie ist – und das ist eine andere Formulierung derselben Frage – der Zusammenhalt einer in vieler Hinsicht, in so vieler Hinsicht widersprüchlichen Gesellschaft möglich und zu sichern, wenn die Kräfte, was wir doch sehen, der Tradition schwächer werden, ebenso religiöse und soziale Bindungen und Zugehörigkeiten? Diese Frage formuliere ich als Politiker noch einmal anders. Es ist die Frage nach den nicht-politischen Voraussetzungen von Politik, nach den nicht-politischen Voraussetzungen von Demokratie. Danach also, wie verbindende Gemeinwohlvorstellungen, grundlegende Übereinstimmungen entstehen, tradiert, lebendig gehalten, gelebt, weitergetragen werden. Diese Frage wird drängend angesichts der konfliktreichen Pluralität und der schwindenden Kräfte von Bindung und Tradition. Und sie heißt eben: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Was sichert diesen Zusammenhalt?

Die Antworten stellen sich zunächst schnell ein. Die gemeinsame Sprache, gewiss, Recht und Gesetz, auch das ist richtig, die gemeinsame Verfassung und deren Anerkennung, der viel gerühmte und notwendige Verfassungspatriotismus, ja! Aber das reicht doch offensichtlich noch nicht aus. Auch das Beziehungsgeflecht, das wir als Gesellschaftsmitglieder über den Markt und über den Arbeitsprozess eingehen, auch dieses Beziehungsgeflecht, das ja ein Teil von Gesellschaft ist und sie trägt, auch das reicht wohl nicht ganz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es bedarf, das ist meine Überzeugung, offensichtlich darüber hinaus fundamentaler Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was man mit diesem viel zu inflationär gebrauchten Wort „Werte“ nennt. Also sagen wir: in dem, was wir Maßstäbe, Normen nennen, also in den Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert

und der Notwendigkeit der Solidarität, von sinnvollem und gutem Leben und was das ist, von der Würde jedes Menschen und von der Integrität der Person, von Toleranz usw. usf.

Dieses, ich nenne es nochmal so, nicht politische, sondern ethische Fundament von Demokratie, es ist nicht einfach da und für ein für allemal da, sondern ist gefährdet, kann erodieren, ist umstritten, muss immer wieder neu erarbeitet werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten und gelegentlich auch böswillig missverstandenen Satzes des früheren Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann“. Die Verantwortung für diese Voraussetzung tragen die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft insgesamt und darin eben auch und in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Ich formuliere das ausdrücklich so, weil natürlich nicht die Kirchen und Religionsgemeinschaften allein dafür zuständig sind, nicht allein die Verantwortung dafür haben oder das allein bestreiten könnten. Und für diese Voraussetzung sind natürlich in besonderer Weise Bildungsprozesse und Bildungsinstitutionen und darin eben dann auch kirchliche Schulen von einer besonderen verantwortungsvollen Zuständigkeit.

Ein zweiter Schritt: Die rasante ökonomische, wissenschaftliche, technische, soziale Veränderung, der Wandel, dem wir unterworfen sind, die Informationsflut, die Gleichzeitigkeit und Nähe des kulturell Verschiedenen, ja Fremden, die mittlerweile beinahe zu einer Normalität gewordene finanzökonomische Dauerkrise, die ja auch politische und moralische Krisenphänomene zeitigt – all das, ich weiß nicht, ob ich da übertreibe, all das, also dieser ständige Wandel, die ständige Krisenhaftigkeit der Prozesse, all das erzeugt Veränderungs- und Überforderungsängste bei vielen Menschen und führt zu Verunsicherungen. Das wiederum erzeugt unübersehbar ein heftigeres Bedürfnis nach Sicherheit, nach Vergewisserung, nach Orientierung, nach Identität. Gewiss ist Politik nicht der erste Adressat für die Befriedigung dieser Bedürfnisse. Sie würde sich auch überfordern, wenn sie meinte, sie müsste darauf die wichtigsten Antworten geben. Sie hat Antworten zu geben, in denen es um Arbeitsplätze und um Bekämpfung von Armut, um Perspektiven für die Jugend, um soziale Sicherheit geht, um die Wiederherstellung des Primats der demokratischen Politik gegenüber der Ökonomie. Alles riesige Aufgaben, über die habe

Dieses nicht politische, sondern ethische Fundament von Demokratie, es ist nicht einfach da und für ein für allemal da, sondern ist gefährdet, kann erodieren, ist umstritten, muss immer wieder neu erarbeitet werden.

ich heute nicht zu reden. Aber darüber hinaus – und das ist für mich hier wichtig – sollten wir einige Folgerungen, einige Konsequenzen aus dieser Beobachtung ziehen. Zunächst: es geht um menschliche Sicherheit, so versuche ich das zu nennen in Ermangelung eines anderen Begriffs. Über den durch den Staat garantierten Schutz und die durch ihn verbürgten Rechte hinaus, ebenso über die soziale Sicherheit hinaus, die der Sozialstaat als organisierte Solidarität gewähren kann, also über rechtliche und soziale Sicherheit hinaus haben Menschen ein tiefes und gesteigertes Bedürfnis nach empfundener und erfahrener menschlicher Sicherheit, nach ideeller und emotionaler Beheimatung und Geborgenheit, nach Identität und Anerkennung, die durch rechtliche und soziale Sicherheit allein noch längst nicht gewährleistet werden. Dieses Bedürfnis wird heftiger, Sie sehen es, wenn die einzelnen Menschen heute in Wirtschaft, Gesellschaft und Alltag Veränderungen ausgesetzt und mit Entwicklungen konfrontiert sind, die sich ihrer Kontrolle tatsächlich entziehen oder zu entziehen scheinen, die ihre Existenz zu gefährden drohen, die ihr Wissen entwerten und ihre Wertvorstellungen relativieren. Dann werden existenzielle Sicherheiten zunehmend wichtig. Kulturelle Heterogenität und weltanschaulich religiöse Pluralität nehmen zu. Individualisierung und soziokulturelle Differenzierung werden aber eben nicht nur als Fortschritt, als Befreiung, als Freiheit, sondern auch als Belastung empfunden.

Diese Seite der Entwicklung, glaube ich, wurde lange unterschätzt. Das Vorhandensein solidarischer Nahbereiche wurde immer vorausgesetzt. Die Geltung von Tradition und Orientierung gewissermaßen unterstellt. Weil es das heute so nicht mehr gibt, wissen wir, dass jetzt und in Zukunft persönliche Sicherheit, kulturelle Identität und soziale Integration zu Grundfragen des Friedens, der Demokratie und einer freiheitlichen Ordnung werden. Genau deshalb müssen wir uns der totalen Ökonomisierung menschlichen Lebens, der uferlosen Flexibilisierung, den immer radikaler werdenden Mobilitätsanforderungen, dem Allmachtsanspruch des Marktes und der Absolutsetzung des Ökonomischen widersetzen, weil sie den menschlichen Grundbedürfnissen widersprechen. Familie, nachbarschaftliche Solidaritäten, das Netzwerk geselliger Beziehungen, Vereine, die Parteien, Gewerkschaften und Organisationen bürgerschaftlichen Engagements in Sport, Freizeit und Kultur und vor allem auch die Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, sie alle

Individualisierung und soziokulturelle Differenzierung werden aber eben nicht nur als Fortschritt, als Befreiung, als Freiheit, sondern auch als Belastung empfunden. Diese Seite der Entwicklung, glaube ich, wurde lange unterschätzt.

bilden ein kostbares, wie nennt man das, soziales Kapital, auf das Staat und Gesellschaft um ihres Zusammenhalts willen auf fundamentale Weise angewiesen sind. Sie ermöglichen zugleich und vor allem den Individuen die ihnen so notwendige menschliche Sicherheit und Geborgenheit. Und weil sie etwas leisten, was Staat, was Politik nicht selbst leisten können, müssen Staat und Politik das partnerschaftliche Verhältnis zu ihnen ernstnehmen, und müssen sie ein außerordentliches Interesse an Freiheit und Vitalität der Familie haben, ein Interesse an der Förderung und Unterstützung von Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften und an den unterschiedlichsten Formen und Organisation politischen, sozialen, kulturellen Engagements. Es ist lebenswichtig für ein friedliches Zusammenleben. Dies zu befördern, Wissen und Techniken dafür zu erwerben, gehört, denke ich, zu den Aufgaben auch kirchlichen Engagements in der Bildung.

Eine nächste Folgerung: Es geht angesichts dessen, was ich holzschnittartig skizziert habe, um die Stärkung, die Befähigung des Individuums, mit dem Wandel fertig zu werden, sich in ihm behaupten zu können, die Herausforderung annehmen und erfolgreich bewältigen zu können. Es geht also im emphatischen Sinne dieses Begriffs um Bildung. Sie wissen, ich brauche ihnen das nicht ausführlich zu erläutern, das Bildungsdenken in Deutschland, die Bildungsphilosophie ist mindestens seit dem 18. Jahrhundert durch einen doppelten Anspruch gekennzeichnet gewesen. Einmal ging es immer um die Bildung des Subjekts und die Befähigung, sein Leben selbstbestimmt und selbstverantwortlich zu gestalten, also Autor der eigenen Biographie werden zu können, und dies zugleich zurückzubinden an die Gemeinschaft, an die Aufgabe des kulturellen Fortbestands und der kulturellen Weiterentwicklung. Insofern ging es nie und darf es weiterhin nicht gehen nur um die Bereitstellung von künftigen Arbeitskräften. Es ist trivial, das zu sagen, aber gelegentlich notwendig, glaube ich. Sondern es geht um Bildung, es geht immer auch um soziale Kohäsion, um kollektive Muster der Lebensführung, um Integration der Individuen in die Gesellschaft als solidarische, als teilhabende, als mitgestaltende Gesellschaftsglieder. Bildung in diesem ja wirklich nicht neuen Sinn geht über bloße Verwertbarkeit von Qualifikation, übrigens auch ihre Zählbarkeit – das Stichwort Pisa wagt man schon gar nicht mehr in den Mund zu nehmen – weit hinaus und kann folglich nicht einseitig mit Blick auf Ausbildung und Arbeit definiert werden. Auch Handlungsfähigkeit, Kritikfähigkeit,

Das Ergebnis von Bildung darf eben nicht lauten: viel Wissen, wenig Werte, vielmehr muss jungen Menschen ein Bewusstsein, ein Gefühl, eine Leidenschaft für die Grundwerte menschlichen Seins vermittelt werden: Humanität, Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Solidarität, Friedfertigkeit, Toleranz.

Fähigkeit zur Selbstbestimmung und zur selbstständigen Lebensführung sind gefragt.

Damit bin ich bei einer weiteren Folgerung für kirchliche Bildungsarbeit, für kirchliche Schulen, die eigentlich selbstverständlich ist. Es gilt immer wieder neu die Verengung des Bildungsbegriffs, die Verengungen in der Bildungspolitik zu überwinden, wie sie sich z.B. in dem kleinen Wort vom „fitmachen“ verräterisch zeigt. Bildung wird ja allzu oft und allzu gern auf die Aneignung von Wissen reduziert. Sie ist aber mehr: einerseits gewiss kognitives Lernen, aber andererseits ebenso gewiss soziale Verantwortung. Bildung besteht aus Wissen und Werten. Das Ergebnis von Bildung darf eben nicht lauten: viel Wissen, wenig Werte, vielmehr muss jungen Menschen ein Bewusstsein, ein Gefühl, eine Leidenschaft für die Grundwerte menschlichen Seins vermittelt werden: Humanität, Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Solidarität, Friedfertigkeit, Toleranz. Bildung, meine Damen und Herren, ist also mehr und sollte insbesondere an christlichen Schulen mehr sein als bloße Wissensvermittlung. Sie schließt Erziehung notwendig ein. Es sollte weniger um die Menge des Wissens gehen und mehr um das, was ich auch mit einem Hilfsbegriff, den sie gut kennen, bezeichne, es geht um Orientierungswissen. Um das zu erläutern gebe ich nur fünf Stichworte:

1. Das wichtigste ist, lernen zu lernen, weil wir lebenslang lernen müssen – nein, lernen dürfen. Nichts ist schlimmer als das Unglück der Fraglosigkeit, habe ich immer empfunden.
2. Es geht darum, dass wir, das junge Leute lernen, mit Wissen souverän umzugehen, Wissensmengen, Informationen bewerten zu können, also nicht nur Techniken des Wissens- und Informationserwerb lernen – schon das nimmt ja so unendlich viel Zeit in Anspruch –, sondern ebenso Maßstäbe für die Auswahl, die Einordnung, die Verwendung, die Bewertung von Wissen und Information.
3. Dazu gehört, nach dem Gesagten naheliegend, in besonderer Weise soziale und kommunikative Kompetenz, also die Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstverantwortung und Solidarität, zur Empathie mit den Anderen, zum Umgang und dem Respekt in dem Umgang miteinander und dem Respekt vor dem Fremden und den Fremden, den Schwächeren, den Umgang mit Unterschieden, mit Vielfalt zu erwerben.

Zwar können die Kirchen und ihre Bildungseinrichtungen in einer pluralistischen Gesellschaft auch weltanschaulich keinen Monopolanspruch erheben, aber sie sind doch nach wie vor unverzichtbar auch als Orientierungsinstanz.

4. Gegenwärtig scheint es mir besonders wichtig zu sein, dem Verlust an geschichtlichem Gedächtnis, an geschichtlichem Wissen entgegen zu wirken. Es gibt keine individuelle und kollektive Identität ohne Herkunftswissen. Aber genau da ist, wenn ich es richtig beobachte, ein ziemlich betrüblicher Zustand zu beklagen, eben ein erheblicher Verlust an geschichtlichem und kulturellem Herkunftswissen. Ich könnte mich jetzt länger ausbreiten: Manchmal habe ich den Verdacht, dass mit diesen Zauberworten von Interkulturalität und Interkultur – alles richtige Intentionen – etwas ganz Wichtiges übersehen wird: Wenn wir von unserer Herkunft nichts wissen, gelingt auch nicht interkulturelle Kompetenz.
5. Es geht nicht zuletzt und insbesondere um die Fähigkeit, Sinn- und Glaubensfragen zu stellen und durchzuhalten, sich über Ziele zu verständigen, nach Werten und Tugenden zu fragen, ja, sie einzuüben.

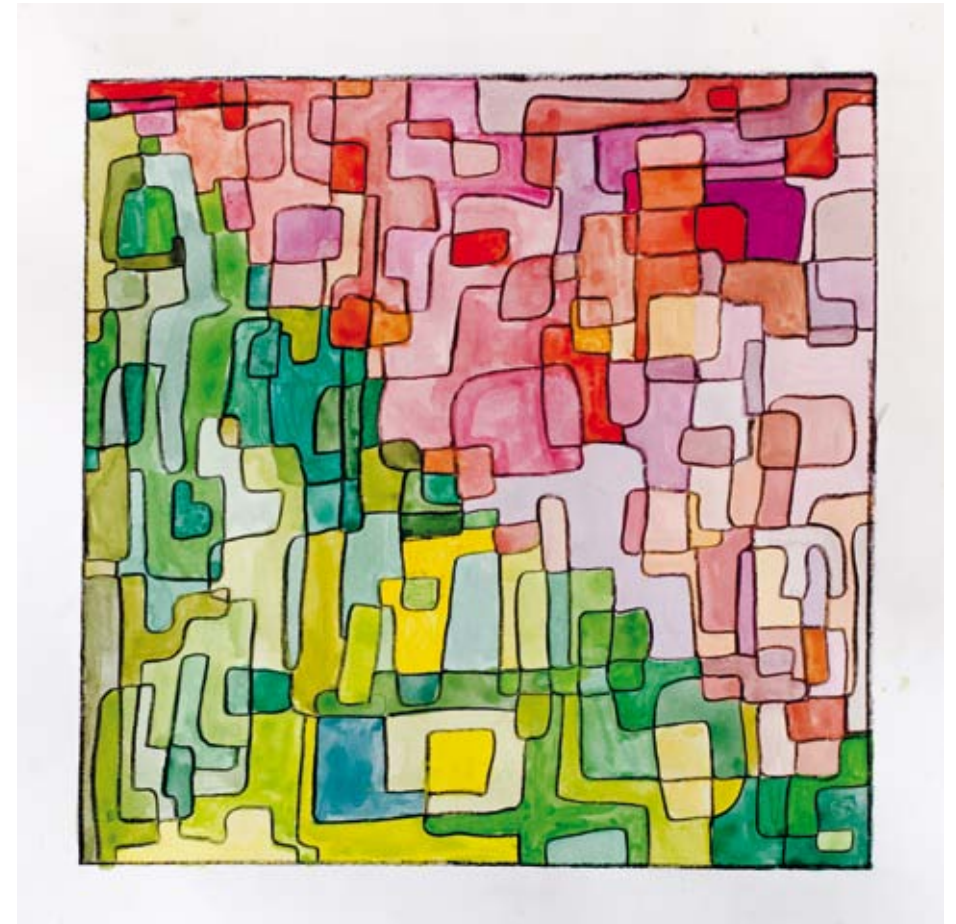
Für all dies Ort und Angebot zu sein, das ist die Aufgabe von Bildungsarbeit in kirchlicher Trägerschaft, von kirchlichen Schulen, katholischen Schulen. Das macht nach meiner Überzeugung ihren besonderen Wert aus. Zwar können die Kirchen und ihre Bildungseinrichtungen – ich habe das schon gesagt – in einer pluralistischen Gesellschaft auch weltanschaulich keinen Monopolanspruch erheben, aber sie sind doch nach wie vor unverzichtbar auch als Orientierungsinstanz. Schließlich sind wir Christen doch davon überzeugt, dass die Botschaft des Evangeliums etwas anbietet, was in unserer pluralistischen Gesellschaft prekär geworden ist: Orientierung durch die Vorgabe moralischer Koordinaten, Denken in überindividuellem Sinnzusammenhang, Handeln auf der Grundlage verbindlicher Wertorientierungen. Den Kirchen kommt also gerade auch in bildungspolitischer und bildungspraktischer Hinsicht nach wie vor eine besondere gesellschaftliche Bedeutung und Verantwortung zu, und keineswegs, wie ich meine, nur in jener defensiven Rolle, die einmal Karl Ernst Nipkow formuliert hat. Ich zitiere den Satz, der mich irritiert hat, da heißt es: „In der offenen pluralistischen Gesellschaft kann die Verantwortung für Erziehung und Bildung von der Kirche nur in Mitverantwortung wahrgenommen werden. Diese Mitverantwortung muss den Charakter einer unaufdringlichen Teilnahme am allgemeinen öffentlichen Bildungsdiskurs annehmen.“ Wenn ich dies verstehe als eine Absage an jeden triumphalistischen Gestus, jedes Dominanzstreben, bin ich ganz einverstanden.

Aber unaufdringliche Teilnahme, das darf doch nicht heißen: kirchliches Verschanzen, Pflege der eigenen Unsicherheit. Ich wünsche mir jedenfalls ein durchaus eindringliche, eine sich gesellschaftlich einbringende und einmischende Kirche, ebensolche Christen, ebensolche Schulen, ebensolche Lehrer, und dazu zitiere ich auch Kardinal Lehmann: „Mut zu einer offensiven Darstellung unserer grundsätzlichen Glaubenserkenntnisse und der gesellschaftlichen Option“ fordert er und dann weiter „denn ohne ein Minimum an Bereitschaft zum Anderssein, zum Kontrast kann es keinen Glauben geben, der seinen Namen verdient“. Mit meinen Worten, es geht um den gelebten, in Bildungsprozessen lebendigen Widerspruch, wenn sie so wollen: ja Widerstand gegen den Verlust der religiösen Dimension des menschlichen Lebens, oder anders gesagt: gegen die Banalisierung des Lebens, gegen die Degeneration des Gewissens zum bloßen Eigensinn, vielleicht sogar Egoismus. Mit Klaus Mertes plädiere ich dafür, das kirchliche, das katholische Profil von Schule aber nicht abgrenzend, sondern offen und solidarisch zu zeichnen. Entscheidend ist eine Geisteshaltung, die dem gesellschaftlichen Trend „Bildung als Ware im Wettbewerb“ zu verstehen, widersteht und widerspricht. Eltern und Schüler sollten an katholischen Schulen eben nicht Kunden sein. Nicht das optimale Wissen, sondern das gute Leben – wieder im emphatischen Sinne dieses Wortes – müsste das letzte Kriterium für Bildung sein – so Mertes und wörtlich: „Warum also sollte Kirche Schule machen? Weil sich am Thema Schule etwas Wesentliches für ihre eigene Sendung entscheidet, die ja über sie selbst hinausweist.“

Meine Damen und Herren, ich habe mit einem Zitat mit Alexandre de Tocqueville begonnen. Lassen sie mich zum Schluss darauf zurückkommen. Worin besteht nach meiner Überzeugung und nach meiner politischen Lebenserfahrung der grundlegende Dienst der Kirchen, der Christen und darin auch ihrer Bildungseinrichtungen an der Gesellschaft, an der Demokratie, von dem ich meine, dass er schlechthin unersetzlich sei? Die Botschaft des Evangeliums von der Gotteskindschaft, ja der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, sie bietet einen unhintergehbaren Maßstab, ist tiefste Begründung für eine Freiheits- und Gerechtigkeitspolitik, der es um die gleiche Würde jedes Menschen geht. Denn jeder Mensch ist Kind Gottes. Diese Botschaft ist der störrische und leidenschaftliche Einspruch gegen die Reduktion des Menschen auf seine beiden Rollen, die er auf dem Markt

Das Evangelium bemisst Wert und Würde des Menschen nicht an Leistung und Erfolg, Geldbeutel, Schönheit, Cleverness, Gesundheit – das Evangelium handelt von der Würde der Leidenden, der Scheiternden, der Behinderten, der Kranken, der Sterbenden, der Armen – es ist ein befreiender Einspruch gegen die Entmoralisierung der sozialen Beziehungen, weil es ein entschiedener Einspruch ist gegen die Dominanz des Ökonomischen wie auch die Absolutsetzung des Politischen.

spielt, nämlich Arbeitskraft und Konsument zu sein. Das Evangelium bemisst Wert und Würde des Menschen nicht an Leistung und Erfolg, Geldbeutel, Schönheit, Cleverness, Gesundheit – das Evangelium handelt von der Würde der Leidenden, der Scheiternden, der Behinderten, der Kranken, der Sterbenden, der Armen – es ist ein befreiender Einspruch gegen die Entmoralisierung der sozialen Beziehungen, weil es ein entschiedener Einspruch ist gegen die Dominanz des Ökonomischen wie auch die Absolutsetzung des Politischen. Das macht die Unterscheidung von Religion und Politik, auf die gerade die Reformation so großen Wert gelegt hat, so wichtig und aktuell. Wirtschaft und Politik sollen und müssen nicht heiliggesprochen werden, sie haben dem Menschen dienende Funktion, in ihnen soll vernünftig und gemeinwohlorientiert verfahren werden. Demokratische Politik ist befreit von der Aufgabe, für das Heil der Menschen zu sorgen, aber sie soll sich um das Wohl möglichst aller Menschen kümmern. Politik soll und kann frei sein von totalitären Ansprüchen. Politik und also Politiker sind nicht für alles zuständig, auf keinen Fall für Erlösung. Genau das aber gibt lösungsorientierter, pragmatischer Politik, also demokratischer Politik ihren Ernst, ihre Würde und befreit und beschützt zugleich Religion vor ihrem Missbrauch zur Begründung von Parteipolitik, von politischer Macht und gar von Gewalt. Die Unterscheidung weist auf das Spannungsverhältnis hin, das für Politik in der Demokratie geradezu konstitutiv ist. Religion kann vor der Absolutsetzung von Politik und von jedweder Macht schützen. Deshalb wohl war Alexandre de Tocqueville der Überzeugung, demokratische Gesellschaften brauchen Religion, Despotien nicht.



KUNST AUS DEN SCHULEN
DER SCHULSTIFTUNG

Kolleg St. Sebastian, Stegen; (2015)